

Eine Kooperation von:

Bund der freien Waldorfschulen in Österreich
Förderverband Freier Schulen
Interessengemeinschaft Privater Bildungseinrichtungen Österreich
Kuratorium für künstlerische und heilende Pädagogik
Netzwerk Freie Schulen-Bundesdachverband für selbstbestimmtes Lernen
Österreichische Montessori- Gesellschaft
Verband der christlichen Bildungsinitiativen
Verband österreichischer Privatschulen mit wissenschaftlicher Begleitung

Wien, September 2013.

Fragen an die Parteien zu Schulen in Freier Trägerschaft vor der Nationalrats-Wahl 2013

Unsere freien Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht werden von Eltern oder gemeinnützigen, nicht konfessionellen Trägern organisiert und erhalten, und streben an, dass jedes Kind bzw. dessen Eltern die Chance auf freie Wahl der Bildung haben soll.

1.) Sieht Ihre Partei Schulen in Freier Trägerschaft mit eigenen, vom BMUKK genehmigten Organisationsstatuten und pädagogischen Konzepten als gleichwertigen Bestandteil der österreichischen Bildungslandschaft?

SPÖ Für die SPÖ sind die Schulen in Freier Trägerschaft ein wichtiger, gleichwertiger Bestandteil der Bildungslandschaft.

ÖVP Die ÖVP bekennt sich zur Vielfalt des Bildungssystems. Aus unserer Sicht tragen daher Schulen in Freier Trägerschaft entscheidend zur Vielfalt in der Bildungslandschaft bei, was wir sehr begrüßen.

FPÖ -

GRÜNE Ja, freie Schulen mit genehmigten Organisationsstatuten bzw. Öffentlichkeitsrecht sind nicht nur gleichwertiger Bestandteil, sondern vor allem Innovationsmotoren des Österreichischen Bildungssystems. In diesen Schulen werden moderne pädagogische Konzepte im Alltag erprobt und breiten sich auch in das öffentliche Schulwesen aus. Montessori Pädagogik, Freiarbeit und modularisierter Unterricht sind heute in öffentlichen Schulen selbstverständlich. Ohne die wertvolle Arbeit in Schulen in freier Trägerschaft wäre dies nicht möglich gewesen.

BZÖ Das BZÖ fordert die Privatisierung von Österreichs Schulen. Das derzeitige öffentliche Schulsystem ist ineffizient und teuer. Die Schüler schneiden in internationalen Vergleichstests verheerend ab. Gleichzeitig geben die Familien durchschnittlich 442 Euro pro Jahr für Nachhilfe aus. Die Privatschulen, die sich nur 10 Prozent leisten können, schneiden vergleichsweise wesentlich besser ab. Das ergibt eine Spaltung der Gesellschaft. Während sich die Reichen eine Privatschule für ihre Kinder leisten können, geraten die sozial Schwachen - insbesondere Zuwanderer - in die Bildungsfalle. Daher sagt das BZÖ: Gleiche Bildungschancen für Alle. Jeder Schüler hat sich eine kostenlose Privatschule verdient. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20121213_OTS0130

KPÖ Ja.

FRANK Ja.

NEOS Wir wollen freie Bildungseinrichtungen, die nicht mehr parteipolitischer Bevormundung und bürokratischer Überregulierung ausgesetzt sind. In Schulen in Freier Trägerschaft ist vieles bereits Realität, das wir uns auch für die öffentlichen Schulen wünschen. Jede Schule soll eigenständig neue Wege gehen und schnell, flexibel und realitätsnah agieren können. Schulautonomie bedeutet für uns die freie Wahl der pädagogischen Modelle, der Lehr- und Lernmethoden, der (über Mindeststandards hinausreichenden) Lehrinhalte und der Mitarbeiter_innen. Die Schulen in Freier Trägerschaft sind ein besonders wertvoller Bestandteil der Bildungslandschaft und ein Motor für Innovationen. Wir wollen Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern Zugang zu innovativen Schul- und Lernformen ermöglichen.

2.) Wie interpretieren Sie und Ihre Partei das „freie Recht auf Bildung“?

SPÖ Die Eltern haben das Recht, die für ihre Kinder bestmögliche Schulbildung zu wählen.

ÖVP Für uns spielt die Wahlfreiheit eine zentrale Rolle. Das Angebot muss so gestaltet sein, dass die Nachfrage entsprechend gedeckt werden kann. Dies endet jedoch nicht bei der reinen Wahl der Schule, sondern umfasst auch sämtliche Angebote wie etwa die Wahlfreiheit zwischen der ganztägigen Form - dem verschränkten Unterricht oder qualifizierter Tagesbetreuung.

FPÖ -

GRÜNE Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Das ist sowohl in der europäischen Menschenrechtskonvention als auch in der UN-Konvention über die Rechte Behinderter verankert. Wir sehen diese Recht auf Bildung als Recht auf Chancengerechtigkeit und setzen uns für ein Schulsystem mit Gemeinsamer Schule ein, in dem kein Kind zurückgelassen wird.

BZÖ Das BZÖ will mit einer Privatisierung der Schulen eine Runderneuerung des Schulsystems, den Wulst an Bürokratie und Administration eindämmen, die Effizienz steigern und Chancengleichheit herstellen.

KPÖ Dass jede/r ein Recht auf bestmögliche Bildung hat und dass dieses Ziel in Art und Weisen erreicht werden soll, die der Unterschiedlichkeit der Einzelnen Rechnung tragen.

FRANK Bildung muss objektiv und transparent organisiert sein und die Dienstleistung des Systems - mit gleichem Zugang für alle - im Vordergrund stehen.

NEOS Das "freie Recht auf Bildung" setzt sich aus vielen Aspekten zusammen. Es umfasst u.a. freie Entfaltungsmöglichkeiten des/der einzelnen Lernenden, die freie Wahl der Lehr- und Lernformen in Bildungseinrichtungen, die inhaltliche Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre ebenso wie den freien Zugang zu Bildung unabhängig vom Einkommen (Freie Schulwahl ohne Schulgeld, kostenlose Kindergärten, staatlich vorfinanzierte Hochschulstudien mit nachgelagerten Studiengebühren zur Teilrückzahlung der Studienkosten).

3.) Manche Initiativen in freier Trägerschaft bieten bereits eine durchlässige Bildungszeit für Kinder von 3 bis 18 Jahren an. Sehen Sie auch für Kinder von 3-6 Jahren das „Recht auf freie Bildung“ gültig?

SPÖ Selbstverständlich.

ÖVP Gerade im elementarpädagogischen Bereich ist aus unserer Sicht die Wahlfreiheit ganz entscheidend. Wir haben das letzte Kindergartenjahr vor Schuleintritt verpflichtend, davor sollen die Eltern die Wahlfreiheit haben zu entscheiden, ob sie eine Betreuung in Anspruch nehmen wollen oder die Betreuung selbst übernehmen. Allerdings arbeiten wir mit Hochdruck daran, dass für alle Kinder aller Altersgruppen ausreichend Angebote in bestmöglicher Qualität vorhanden sind.

FPÖ -

GRÜNE Leider ist uns der Begriff "durchlässige Bildungszeit" nicht bekannt. Auf Ihrer Homepage finden wir dazu auch keine Erklärung. Wir Grüne fordern einen kostenlosen Kindergartenplatz für alle und einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem

vollendeten ersten Lebensjahr. Für SchulanfängerInnen fordern wir die Einführung der flexiblen Schuleingangsphase, die es Kindern ermöglicht ihrem Lerntempo entsprechend die Grundstufe 1 zu absolvieren.

BZÖ -

KPÖ Ja.

FRANK Ja, Bildung beginnt bei uns im Kindergartenalter, insbesondere wenn Elternhäuser versagen.

NEOS Ja, Bildung beginnt nicht erst mit dem Schuleintritt. Im Gegenteil, der Entwicklungs- und Lernverlauf von Kindern in den ersten Lebensjahren ist besonders prägend für den weiteren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg. Daher gilt das "Recht auf freie Bildung" auch für 3 bis 6-jährige Kinder. Bildung stärkt das Potential in jedem Menschen, mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten und das Leben anderer Menschen zu bereichern. Sie beginnt und endet nicht mit dem Schulbesuch sondern begleitet uns durch alle Lebensphasen.

4.) Was wollen Sie wie verändern, damit Eltern, die durch Steuern das öffentliche Bildungssystem finanzieren und gleichzeitig für ihre Kinder Schulgeld für den Besuch einer Schule in freier Trägerschaft bezahlen, also mit hohem Aufwand in die Bildung ihrer Kinder investieren, gleich mit welchem Einkommen, das Recht auf freie Schulwahl für ihre Kinder ermöglicht wird?

SPÖ Die SPÖ steht im konstruktiven Dialog mit VertreterInnen der Schulen in Freier Trägerschaft und wird gemeinsam mit ihnen die bestmögliche Regelung erarbeiten.

ÖVP (Gilt für Fragen 4 bis 7) Eines gleich vorweg: Das Engagement der Eltern von Kindern in Schulen in freier Trägerschaft – sowohl im finanziellen als auch im persönlichen Bereich – ist beeindruckend und vorbildhaft. Politik muss ehrlich sein, und die ÖVP steht für eine ehrliche Politik. Daher werden wir Ihnen – vielleicht im Gegensatz zur politischen Konkurrenz – nicht aus wahltaktischen Gründen das Blaue vom Himmel versprechen. Mitglieder der Bundesregierung verfügen über ein Globalbudget. Daher liegt es an Unterrichtsministerin Dr. Claudia Schmied, in ihrem Wirkungsbereich entsprechende budgetäre Vorkehrungen zu treffen. Laut unseren Informationen gab es bereits erste Vorgespräche, um in der nächsten Periode entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir können uns daher sehr gut vorstellen, diese Frage im Zuge von Koalitionsverhandlungen zu erörtern und unter Einbeziehung der Betroffenen und der Schulerhalter diverse Modelle der stärkeren Förderung zu prüfen. Grundsätzlich sind Privat-Initiativen privat, sollten aber im Rahmen der Möglichkeiten entsprechend unterstützt und gefördert werden.

FPÖ -

GRÜNE Alle Kinder sind gleich viel wert! Deshalb sollen aus unserer Sicht Schulen in freier Trägerschaft mit genehmigtem Organisationsstatut bzw. Öffentlichkeitsrecht die gleichen finanziellen Mittel erhalten wie konfessionelle Privatschulen. Diese bekommen die LehrerInnenkosten im selben Ausmaß ersetzt wie Öffentliche Schulen. Damit würde den freien Schulen einerseits eine große finanzielle Last genommen und andererseits Planungssicherheit gewährleistet.

BZÖ Siehe Antwort Frage 1.)

KPÖ Dass Schulen in freier Träger/innenschaft genauso finanziert werden wie öffentliche Schulen.

FRANK Niemand hat das Recht, sich auf Kosten anderer bereichern, Das gilt für individuelle Wünsche aber auch besonders für den Staat. Hier können nur eine Vollkostenrechnung und Vollkostenabrechnung Transparenz schaffen. Andererseits müssen diese Angebote auch Allen, die es wollen, gleichwertig zur Verfügung stehen. (Siehe Punkt 2).

NEOS Alle Kinder haben das gleiche Recht auf eine gute Schulbildung. Derzeit herrscht im Schulwesen eine Drei-Klassen-Gesellschaft: In öffentlichen Schulen finanziert der Staat den vollen Betrieb, in konfessionellen Schulen das Personal und in freien Schulen mit Öffentlichkeitsrecht fast nichts. Wir wollen, dass die Finanzierung von der Institution losgelöst und ans Kind gekoppelt wird: Für jeden schulgeldfreien Platz, den eine Schule zur Verfügung stellt, erhält sie einen fixen Betrag vom Staat. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit nicht-deutscher Muttersprache erhält die Schule einen finanziellen Bonus, um die soziale Vielfalt in den Schulen zu sichern und größeren Herausforderungen gerecht zu werden. Einen erhöhten Betrag erhalten auch Kleinschulen am Land. Ihre Finanzierung und Rahmenbedingungen sollen Schulen von einer einzigen Stelle erhalten: Schluss mit dem Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern.

5.) Wird Ihre Partei dafür eintreten, dass Schulen in freier Trägerschaft unter Beibehaltung der Autonomie von Organisation und Lehrpersonal vom Staat aus regulären Mitteln des Bildungsbudgets gleichwertig finanziert werden?

SPÖ Die SPÖ tritt seit Jahren dafür ein, dass Schulen in Freier Trägerschaft aus dem Bildungsbudget gleichwertig finanziert werden.

ÖVP Siehe Antwort Frage 4.)

FPÖ -

GRÜNE Ja. Nicht nur freie Schulen sondern auch Öffentliche Schulen sollen mehr Autonomie in der Organisation und Personalverantwortung für Lehrkräfte erhalten. Das ist für die Profilentwicklung jeder einzelnen Schule wichtig. Und nur so kann auf die Bedürfnisse der einzelnen Standorte eingegangen werden.

BZÖ Siehe Antwort Frage 2.)

KPÖ Ja.

FRANK Siehe Punkt 4.

NEOS Ja, definitiv - siehe oben.
Beim Lehrpersonal sollen gemeinsam Qualitätsstandards entwickelt werden. Ein noch zu definierender Anteil des Personals soll über ein abgeschlossenes Lehramtsstudium verfügen. Alternative Lehrer_innenbildungsstätten sollen in Zusammenarbeit mit Universitäten und Pädagogischen Hochschulen staatlich anerkannte Lehramt-Studiengänge entwickeln können, unter Anrechnung bereits absolvierter Ausbildungen. Weiters wollen wir auch mehr Quereinsteiger_innen in den Lehrberuf bringen und eine vielseitige Weiterbildung anstelle des Fortbildungsmonopols der Pädagogischen Hochschulen ermöglichen.

6.) Welche Lösungsvorschläge haben Sie und Ihre Partei?

SPÖ Wir treten dafür ein, die gesetzlichen Regelungen an die Wünsche der Schulen in Freier Trägerschaft anzupassen.

ÖVP Siehe Antwort Frage 4.)

FPÖ -

GRÜNE Einerseits fordern wir die finanzielle Gleichstellung freier Schulen mit konfessionellen Privatschulen, damit die Ausgaben für LehrerInnen voll gedeckt sind. Andererseits fordern wir - nicht nur für freie Schulen - eine Verlagerung der Entscheidungen über Organisation, Pädagogische Konzepte, Auswahl des Lehrpersonals und Leitungsfunktionen an die Schulen. Dies haben wir besonders rund um die parlamentarische Behandlung des Bildungsvolksbegehrens gefordert und entsprechende Anträge eingebracht.

BZÖ Siehe Antworten Frage 1.) und 2.)

KPÖ Dafür sorgen, dass genug Ressourcen für Bildung vorhanden sind, überprüfen, ob das finnische Modell in Österreich umgesetzt werden kann, das nachweislich auf Förderung und nicht auf Selektion orientiert ist. Den Begriff der Bildung dringend erweitern um

Fähigkeiten und Fertigkeiten jenseits der unmittelbaren Verwertbarkeit.

FRANK Einerseits die Lehrerausbildung optimieren - die Lehrer müssen den Beruf ergreifen, weil sie den Kindern etwas beibringen wollen und nicht wegen der zwei Monate Ferien. Auch soll der Schuldirektor wie ein Manager sein Personal aussuchen können, von den Besten wählen und die Schule so führen, dass Leistung der Lehrer wieder zählt und die Schüler die Kulturtechniken beherrschen. Andererseits ist die Motivation der Lehrer ein entscheidender Faktor: Dass Junglehrer nun höhere Einstiegsgehälter bekommen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt muss Bildungsministerin Schmied das Image der Lehrer durch entsprechende Kampagnen polieren und dafür Sorge tragen, dass nicht mehr das Parteibuch bei der Besetzung von Lehrerstellen eine Rolle spielt, sondern Qualifikation und Leistung des Lehrpersonals

NEOS Siehe unser 12-Punkte-Programm zur Bildung: <http://neos.eu/Bildung12Punkte.pdf>

7.) Wie wollen Sie Ihre Lösungsvorschläge in der kommenden Legislaturperiode umsetzen?

SPÖ Die SPÖ wird Ihre Lösungsvorschläge nach den Wahlen mit dem Koalitionspartner in die Verhandlungen über ein Regierungsprogramm einbringen und im Parlament umsetzen.

ÖVP Siehe Antwort Frage 4.)

FPÖ -

GRÜNE Wir haben bereits mehrfach Anträge zur finanziellen Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft und Entpolitisierung der Schulverwaltung sowie für mehr Schulautonomie eingebracht. Auch in der kommenden Legislaturperiode werden wir diese Anliegen weiter vertreten.

BZÖ Das BZÖ brachte mehrere parlamentarische Anfragen und Anträge im Sinne der Schulen in freier Trägerschaft, sowie einen Antrag zur Änderung Privatschulgesetzes ein (http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/A/A_01040/), und unterstützte diesbezügliche Bürgerinitiativen.

KPÖ Investitionen in Lehrer/innenausbildung, Verringerung der Klassenschüler/innenhöchstzahlen, verpflichtender Schulbesuch bis 18.

FRANK Indem wir bereit sind, in einer Regierung, die sich zu einem ausgeglichenen Budget bekennt, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

NEOS Wenn NEOS ins Parlament einzieht, wird die Bildungsreform eines unserer zentralen Anliegen in der Koalitionsverhandlungen sein.

Die oben genannten 12 Punkte werden uns dabei als Leitlinie dienen. Weitere Lösungsvorschläge siehe <http://neos.eu/petition>
